

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 8. September 2016

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion

**36 2016.RRGR.601 Kreditgeschäft
Rahmenkredit für die Planung und Realisierung neuer Halteplätze für schweizerische
Fahrende. Verpflichtungskredit 2017 - 2021**

Beilage Nr. 15, RRB 672/2016

Antrag Moser, Landiswill (SVP)/Rüegsegger, Riggisberg (SVP)

Auflage

Die Halteplätze dürfen nicht auf Kulturland erstellt werden. Der Standort Muri ist deshalb nicht weiter zu verfolgen und durch einen anderen, geeigneten Platz zu ersetzen.

Antrag BDP (Etter, Treiten)

Auflage

Der Regierungsrat informiert die BaK jährlich über den Stand der Umsetzung der Arbeiten pro Standort und die laufende Kostentwicklung pro Standort.

Präsident. Wir kommen zu den Geschäften der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion und als erstes zu Traktandum 36. Ich begrüsse Herrn Regierungsrat Christoph Neuhaus. Es geht um die Planung und Realisierung neuer Halteplätze für schweizerische Fahrende, und dabei um einen Verpflichtungskredit für die Zeit von 2017–2021. Der Entscheid unterliegt dem fakultativen Finanzreferendum. Wir führen eine freie Debatte. Ich gebe als erstes dem Kommissionssprecher das Wort.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Kommissionssprecher der BaK. Ich erlaube mir, als Kommissionsprecher zuerst ein paar allgemeine Ausführungen zu machen, die sich auf beide Anträge beziehen, also sowohl auf diejenigen, den wir jetzt gerade beraten, als auch auf den Objektkredit für den Standplatz für ausländische Fahrende. Es fehlen im Kanton Bern sowohl Halteplätze für Schweizer Fahrende wie auch Transitplätze für ausländische Fahrende. Dieser Bedarf ist durch den Standbericht 2010 der Stiftung Zukunft schweizerischer Fahrender objektiviert. Diese öffentlich-rechtliche Stiftung wurde vom Bund gegründet und kümmert sich um die Anliegen der Minderheit der Fahrenden in diesem Land. Der Bedarf ist auch objektiviert durch das Standortkonzept, welches der Kanton Bern erarbeitet hat. Wir mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass die Schweizer Fahrenden angesichts des Mangels, der tatsächlich besteht, wiederholt Protestaktionen durchgeführt haben. Die Schaffung von genügend Halteplätzen für Schweizer Fahrende leitet sich aus der Bundesverfassung ab. Diese Bestimmung steht im Zusammenhang mit einem Rahmenübereinkommen des Europarats für die Schweiz. Es geht dabei um den Minderheitenschutz. Das Bundesgericht bestätigt in einem Urteil, dass die Fahrenden aus verfassungs- und völkerrechtlicher Sicht einen Anspruch auf Schutz ihrer kulturellen Identität haben. Dazu gehört auch das Reisen und somit ein ausreichender Bestand an Halteplätzen.

Zu einem weiteren Punkt: Die Erfahrung mit schweizerischen und ausländischen Fahrenden zeigt, dass eine gemeinsame Nutzung von Halteplätzen – von Ausnahmen, etwa aufgrund familiärer Verbindungen, abgesehen – in der Regel nicht praktikabel ist. Der Grund besteht darin, dass sich die beiden Gruppierungen gegenseitig ablehnen. Die Einrichtung von Halteplätzen nur für Schweizer Fahrende mit Ausschluss der ausländischen Gruppierungen ist gemäss einem Rechtsgutachten der Uni St. Gallen nicht zulässig, denn es würde zu einer Diskriminierung der ausländischen Fahrenden

führen. Der Regierungsrat will aus diesen Gründen drei mittlere Halteplätze für Schweizer Fahrende schaffen sowie einen grossen Transitplatz für ausländische Fahrende. Damit will er den Bedarf befriedigen und mit Blick auf die ausländischen Fahrenden die bestehenden Schwierigkeiten betreffend Transitplätze in den Griff bekommen.

Soviel zur Ausgangslage. Nun äussere ich mich als BaK-Sprecher nur gerade zum Kredit betreffend die Schweizer Fahrenden. Der Rahmenkredit zur Schaffung der drei zusätzlichen Halteplätze für Schweizer Fahrende wird von der BaK einstimmig unterstützt. Der Mittelbedarf ist einigermaßen moderat, vor allem im Vergleich zum Platz für die ausländischen Fahrenden. Die betroffenen Gemeinden Muri, Erlach und Herzogenbuchsee haben der Schaffung dieser Halteplätze zugestimmt. Auch dies hat die BaK dazu bewogen, diesem Kredit einstimmig zuzustimmen. Nicht zuletzt hat natürlich auch der etwas andere Auftritt der Schweizer Fahrenden im Vergleich zu den ausländischen Fahrenden zu diesem deutlichen Ergebnis beigetragen. Die BaK empfiehlt Ihnen somit, diesen Rahmenkredit anzunehmen. Der Zusatzantrag der BDP, der verlangt, man solle jährlich über den Stand der Umsetzung orientieren, wurde in der BaK kurz besprochen. Alle Mitglieder der BaK sind damit einverstanden. Wir möchten einfach nicht, dass die mindestens jährlich stattfindende Orientierung zu zusätzlicher Bürokratie führt. Wir sind mit einer summarischen mündlichen Orientierung aus heutiger Sicht zufrieden.

Ich bitte Sie als BaK-Sprecher, den Antrag der beiden Grossräte Moser und Rüeegsegger abzulehnen. Er engt den Handlungsspielraum sehr stark ein. Namentlich mit Blick auf den Platz bei Muri würden wir wieder bei null anfangen. Es könnte auch sein, dass die anderen beiden Gemeinden auf einmal auch nicht mehr mithelfen wollten. Ich bin der Meinung, dass wir auf der Linie bleiben und die drei Halteplätze für Schweizer Fahrende schaffen sollten. Ich wiederhole: Die BaK empfiehlt Ihnen einstimmig, diesem Rahmenkredit zuzustimmen.

Präsident. Es liegen verschiedene Anträge vor. Diese möchte ich auch an den Anfang nehmen. Als erstes kommt die Gruppe Moser und Rüeegsegger an die Reihe.

Werner Moser, Landiswil (SVP). Da das Thema Fahrende stets auch die Landwirtschaft betrifft, haben wir diesen Kredit in der überparteilichen parlamentarischen Gruppe Landwirtschaft, die sich aus Grossrätinnen und Grossräten mit bäuerlichem Hintergrund zusammensetzt, ausführlich diskutiert. Dass die Fahrenden in unserem Kanton Halt machen, ob uns dies passt oder nicht, ist eine Tatsache, die wir sicher nicht wegdiskutieren wollen. Wenn aber schon Halteplätze erstellt werden, gilt es, diese auf unbrauchbaren Brachflächen einzurichten. Wie allseits bekannt, müssen wir dem Kulturland Sorge tragen. Ich denke, es ist fehl am Platz, gutes Kulturland für eine kleine Gruppierung einzusetzen, die sich nur beschränkt, wenn überhaupt, an unsere Gesetze und Vorschriften hält. Es besteht sicher ein grosser Unterschied zu dem Projekt, wegen welchem ich am Vormittag angegriffen wurde, und welches ebenfalls Kulturland verbraucht. Es wurde gesagt, wir würden dem Kulturland keine Sorge tragen. Ich denke, dass zwischen den beiden Geschäften wesentliche Unterschiede bestehen. Deshalb stellen wir diesen Antrag. Ich bitte Sie, in diesem Fall das Kulturland zu schützen und diesem Antrag zuzustimmen. Zu den genauen Vorkehrungen betreffend Muri bin ich persönlich zu wenig informiert. Hier wird Sie der Kollege Rüeegsegger informieren.

Präsident. Wir kommen zum Antrag BDP. Der Antragssteller hat das Wort.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir haben uns lange überlegt, was wir mit diesem Kreditantrag tun sollen. Am liebsten hätten wir ihn an den Absender zurückgeschickt. Ich habe wohl noch nie einen derart mangelhaften, ja man kann fast sagen, schlampigen Kreditantrag vorgelegt bekommen. Wir haben uns jedoch für ein «weicheres» Vorgehen entschieden, weil wir eingesehen haben, dass eine Lösung nötig ist, und wir möchten das Projekt auch nicht verzögern. Ich werde mich vor allem zum Fall Erlach äussern, mit welchem ich mich intensiv befasst habe. Der Gemeindepräsident von Erlach hat kürzlich an einer Tagung gesagt, für seine Gemeinde sei dies kein Problem. Bereits seit Jahren würden Schweizer Fahrende den Winter auf dem dortigen Campingplatz verbringen. Diese Leute seien integriert und akzeptiert, und die Kinder gingen entweder nach Erlach oder nach Le Landeron zur Schule. Deshalb hätten sie auch Hand geboten zu einer Lösung. Ich habe dann die Gemeinde angerufen und gefragt, ob man mir Pläne oder ein Projekt zeigen könne, damit ich sehe, was mit dem Kredit überhaupt gemacht werden solle. Das Land gehört der Gemeinde Erlach. Ich habe dann die Auskunft erhalten, dass man nichts wisse und keine Ahnung habe, was alles gemacht werden müsse. Von der zuständigen Gemeinderätin habe ich dieselbe Auskunft erhalten.

Also setzte ich mich mit dem AGR in Verbindung. Von dort habe ich eine Mail bekommen, aus der ich Ihnen nun einen einzigen Satz vorlese: «Die Beträge für Planung und Erstellung der neuen Halteplätze beruhen auf Annahmen.» Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine Pläne! Man weiss gar nicht, was man tun will, man hat keine Kostenberechnung, und es ist nicht klar, welche Arbeiten gemacht werden müssen. Man weiss einfach, dass man Zufahrten erstellen, die sanitären Anlagen winterfest machen und Leitungen bauen muss, aber was genau zu tun sein wird, und was diese Arbeiten kosten werden, weiss nicht einmal das zuständige Amt. Man hat, überspitzt gesagt, den Daumen in die Luft gehalten, hat ganz grob geschätzt und am Schluss noch 15 Prozent Reserve dazu gerechnet. So macht man doch keinen Kreditantrag! Wenn ich als Gemeindepräsident einer kleinen Gemeinde mit einem Kreditantrag vor die Gemeindeversammlung träte und nicht genau sagen könnte, was ich mit dem Geld tun will, würde ich mit abgesägten Hosen da stehen. Wir erwarten, dass die Kosten eines solchen Projekts sauber kalkuliert werden. Es müssen keine detaillierten Offerten vorliegen, aber zumindest müsste abgeklärt werden, welche Arbeiten gemacht werden müssen. Es geht nicht an, dass man mit einer willkürlich anmutenden Zahl vor das Parlament tritt.

Wir wollen das ganze Projekt wie gesagt nicht verzögern, deshalb haben wir uns dafür entschieden, einen Antrag auf ein Controlling zu stellen, damit wir zumindest danach wissen werden, was mit dem Geld gemacht wurde. Ich gönne es den Erlachern, wenn ihr Campingplatz auf Staatskosten saniert wird. Das ist auch ein Stück Tourismusförderung. Aber das Ganze sollte wenigstens eine solide Grundlage haben. Wir haben im Antrag geschrieben, dass die BaK orientiert werden solle. In der Zwischenzeit wurden wir auch von der GPK angefragt. Für uns spielt es keine Rolle, wer sich dieser Sache annimmt. Wichtig ist, dass wir regelmässig informiert werden. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident. Damit kommen wir zu den Fraktionen.

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (SVP). Ich möchte kurz die Position der SVP darlegen. Später werde ich noch einen anderen «Hut» aufsetzen. Wir werden diesen Kredit für die Halteplätze für Schweizer Fahrende grossmehrheitlich ablehnen. Es gibt auch einzelne Ja-Stimmen und Enthaltungen. Zudem werden wir den Abänderungsantrag Moser und Rügsegger annehmen. Was den BDP-Antrag betrifft, sind wir unentschieden.

Präsident. Wir haben noch Zeit für eine Fraktion. – Es meldet sich niemand. Gibt es Einzelsprecher? – Auch nicht, aber Luc Mentha möchte als BaK-Sprecher nochmals etwas sagen.

Luc Mentha, Liebefeld (SP), Kommissionssprecher der BaK. Als Kommissionssprecher erlaube ich mir zwei Bemerkungen. Zuerst zu den Anträgen Moser und Rügsegger. Es geht um 3460 m². Mit der Annahme der vorherigen zwei Kredite haben wir 6,7 Hektaren Landwirtschaftsland vernichtet. Und jetzt geht es um 0,34 Hektaren. Bleiben Sie bitte auf dem Boden. Im Übrigen ist das betroffene Land planungsrechtlich gesichert, das heisst, es ist gar kein Landwirtschaftsland mehr. Zweitens zu den Ausführungen von Jakob Etter: Ich habe die genauen Berechnungen nicht angeschaut, aber was den Standplatz für ausländische Fahrende betrifft, habe ich von einem Ingenieurbüro ein dickes Dossier erhalten. Man hat mir soeben bestätigt, dass man auch für diese Projekte von einem Ingenieurbüro Berechnungen habe erstellen lassen. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren: Solche Kostenberechnungen für Standplätze zu erstellen, ist keine Hexerei. Es gibt auch keine grossen Risiken, die man tragen muss. Es ist eine recht einfache Aufgabe. Aber wie gesagt, die BaK ist der Meinung, dass man dieses Controlling durchführen soll. Dies soll bitte mit Mass geschehen und keinen unnötigen bürokratischen Aufwand verursachen.

Präsident. Der Herr Regierungsrat braucht mehr Zeit, als uns noch zur Verfügung steht. Deshalb wird er heute nicht mehr sprechen. Ich danke Ihnen, dass Sie bis jetzt ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Kommen Sie am Montag gesund zurück!

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 15.57 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Sara Ferraro (d)
Catherine Graf Lutz (f)